



Punkt 9 der öffentlichen Sitzung am 28. August 2012

Vorlagen-Nr. 12-F-08-0089

**Grabsteine aus Kinderhand
- Antrag von Linke&Piraten vom 22.08.2012 -**

Auf den Friedhöfen Wiesbadens findet man die unterschiedlichsten Grabsteine. Alle bearbeitet von Wiesbadener Steinmetzen. Diese kaufen das Rohmaterial Stein von verschiedenen Importeuren, die ihrerseits auf dem Weltmarkt Steine kaufen. Diese Steine werden in unterschiedlichsten Regionen abgebaut. Da auch bei Steinen ein großer Preiskampf herrscht, werden auf den Steinbrüchen oft Hungerlöhne bezahlt und Kinder beschäftigt.

In Deutschland gibt es mittlerweile drei Gütesiegel, die die Herkunft der Steine und einen fairen Handel garantieren sollen. Verschiedene Länder haben bereits Gesetze verabschiedet, die das Aufstellen von durch Kinderarbeit hergestellte Grabsteine auf Gemeindefriedhöfen verbieten. Im Zuge der Fair Trade Kampagne sollte Wiesbaden auch hier Flagge zeigen, auch wenn es leider in Hessen ein solches Gesetz noch nicht gibt.

Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten:

1. Zu Berichten, ob diese Problematik der Verwaltung bekannt ist.
2. Das Thema durch eine Informationskampagne (z.B.: Informationsbroschüre auf Friedhöfen und in Bestattungsinstituten) in der Öffentlichkeit bekannt zu machen um auf die Problematik von durch Kinderarbeit hergestellte Grabsteine hinzuweisen.
3. Zu prüfen ob es möglich ist, eine Aufstellung von nicht zertifizierten Grabsteinen auf Wiesbadener Friedhöfen zu unterbinden (z. B. durch eine Änderung der Friedhofssatzung).
4. Sich im Verbund mit anderen Gemeinden Hessens dafür einzusetzen, dass auch in Hessen ein solches Aufstellungsverbot auf den Weg gebracht wird.

Beschluss Nr. 0070

Der Antrag wird abgelehnt.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .09.2012

Spallek
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .09.2012

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .09.2012

Dezernat VII
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dr. Müller
Oberbürgermeister